

Apotheken beschließen bundesweite Proteste

Berlin, 25. Februar 2026 – Die Apothekerschaft kündigt weitere bundesweite Protestmaßnahmen an, um für eine Honorarerhöhung zu kämpfen. Konkret hat die Mitgliederversammlung der ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände am heutigen Mittwoch den Weg frei gemacht für einen bundesweiten Protesttag der Apothekerschaft am 23. März 2026. Die Landesapothekerverbände werden an diesem Tag alle Apotheken dazu aufrufen, die Apotheken geschlossen zu halten. Die Versorgung wird durch die Notdienst-Apotheken aufrechterhalten. Außerdem werden die Landesapothekerverbände in den Städten Berlin, Hannover, München und Düsseldorf zentrale Kundgebungen bzw. Demonstrationen organisieren.

ABDA-Präsident Thomas Preis dazu: „Wir wehren uns dagegen, dass die Apotheken kaputtgespart werden. Unsere Kosten sind in den letzten 13 Jahren um 65 Prozent gestiegen – die Vergütung hingegen stagniert. Deswegen mussten seit 2013 fast 20 Prozent der Apotheken schließen. Und ein Ende der Schließungswelle ist nicht absehbar. Unser packungsbezogenes Honorar wird von der Bundesregierung festgelegt. Der Koalitionsvertrag sieht eine Erhöhung der Vergütung von 8,35 auf 9,50 Euro pro Packung vor. Die Politik muss jetzt zu Ihrer Zusage stehen. Ohne Wenn und Aber. Sonst wird die brandgefährliche Schließungswelle der Apotheken ungebremsst weitergehen. Unter den Schließungen der Apotheken leiden Patientinnen und Patienten, denn ohne eine Apotheke vor Ort wird die Versorgungslage für viele Menschen kritisch. Das können wir uns nicht leisten, erst recht nicht mit Blick auf den demografischen Wandel und die erforderliche Krisenresilienz der Arzneimittelversorgung.“

Neben den Protestmaßnahmen hat die ABDA-Mitgliederversammlung am heutigen Mittwoch auch eine Resolution verabschiedet, in der das höchste Beschlussgremium der Apothekerschaft die Bundesregierung und die Regierungsfractionen auffordert, die Apotheken unverzüglich wirtschaftlich zu stärken. In der ABDA-Resolution warnt die Apothekerschaft auch vor aktuellen systemgefährdenden Plänen der Bundesregierung bei der Arzneimittelversorgung. „Wir wehren uns gegen die Pläne, ‚Apotheken ohne Apothekerinnen und Apotheker‘ zu etablieren. Eine Apotheke ohne ständig anwesende Apothekerin oder Apotheker ist ein gefährlicher Irrweg. Verlierer wären Patientinnen und Patienten und die Arzneimitteltherapiesicherheit.“ Zur Erklärung: Im Entwurf des Apothekenversorgung-Weiterentwicklungsgesetz

ABDA – Bundesvereinigung
Deutscher Apothekerverbände e.V.

Heidestr. 7
10557 Berlin

Telefon 030 40004-132
E-Mail presse@abda.de
Web www.abda.de

(ApoVWG), das am Freitag dieser Woche erstmals im Bundestag beraten wird, ist eine zeitweise Leitung der Apotheken ohne Apothekerin oder Apotheker vorgesehen.

Die bundesweiten Proteste sind ein weiterer Schritt der ABDA im Kampf gegen das Apothekensterben: Dazu wurde bereits Ende Januar die Kampagne „Uns gibt es nicht zum Nulltarif!“ gestartet, mit der in den Apotheken und auf öffentlichen Werbeflächen auf die chronische Unterfinanzierung der Apotheken hingewiesen wird. Am Montag ist auch eine bundesweite Online-Petition gestartet, mit der sich Bürgerinnen und Bürger für den Erhalt und die Stärkung der Apotheken aussprechen können.

Die Petition und die heute verabschiedete Resolution finden Sie unter www.abda.de

Ansprechpartner:

Benjamin Rohrer, Pressesprecher, 030 40004-131, b.rohrer@abda.de
Dr. Ursula Sellerberg, Stellv. Pressesprecherin, 030 40004-134,
u.sellerberg@abda.de